

### 1. Heutige Situation

Computer werden heute meist in sogenannten Freihandelszonen in China, Thailand oder auch Mexiko produziert. Diese Zonen bieten transnationalen Unternehmen, wie den grossen Computerfirmen, optimale Produktionsbedingungen. Darunter leiden jedoch die Arbeitnehmenden in den Fabriken: Die ausbezahlten Löhne liegen oft unter dem Existenzminimum, der Schutz vor Chemikalien bei der Arbeit ist ungenügend, die täglich zu leistende Arbeit liegt meist über 10 Stunden und die wöchentlichen Ruhetage fallen teilweise für mehrere Monate aus. Aber auch die Beschäftigung von Kindern in den Computerfabriken erweist sich als ernstzunehmendes Problem, das dringenden Handlungsbedarf erfordert.

### 2. Idee

Beim Kauf von Computern soll beachtet werden, dass bei der Produktion die fundamentalen Arbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemassnahmen, angenommen durch die Mitgliedstaaten der IAO, 1998) respektiert werden. Diese sind durch die Internationale Arbeitsorganisation definiert und von der Schweizer Regierung anerkannt. Es sind:

- die Freiheit auf Versammlung und kollektive Verhandlung
- die Nicht-Diskriminierung
- das Verbot der Zwangsarbeit
- das Verbot der Kinderarbeit
- die Gleichbehandlung von Mann und Frau

Hinzu kommt die Respektierung der nationalen Gesetzgebung des Produktionslandes durch die Unternehmen.

### 3. Umsetzung

Damit die fundamentalen Arbeitsrechte garantiert werden, scheint es sinnvoll, dass die Verwaltung eine Kriterienliste entwickelt und annimmt (wie es bereits in der Stadt Genf und Biel der Fall ist). Damit können Unternehmen, die auf eine öffentliche Beschaffungsanfrage reagieren, auf ihre Politik der sozialen Verantwortung hin überprüft werden. Dafür scheint es sinnvoll, mit externen Experten zusammenzuarbeiten. In einem zweiten Schritt sollte dieses Vorhaben auch auf andere Güter erweitert werden.

Damit diese Rechte respektiert werden, bitten die Unterzeichnenden die Regierung, eine Kriterienliste zu entwickeln und verbindlich einzusetzen. Damit können Unternehmen, die auf eine öffentliche Beschaffungsanfrage reagieren, auf ihre Politik der sozialen Verantwortung hin überprüft werden. Für die Evaluation ist es sinnvoll, mit externen Experten zusammenzuarbeiten.

Loretta Müller, Jürg Meyer, Sibel Arslan, Heidi Mück, Michael Martig, Urs Müller-Walz, Thomas Baerlocher, Ruth Widmer, Helen Schai-Zigerlig, Dieter Stohrer, Markus Benz, Annemarie Pfister, Gülsen Oeztürk, Emmanuel Ullmann, Mirjam Ballmer